

# „Nachjustieren bei Rente mit 67 und Leiharbeit“

■ KREIS ESSLINGEN: Rainer Arnold begrüßt Aussetzung der Wehrpflicht – Mehr Bürgerbeteiligung als Konsequenz aus Stuttgart 21

Was die SPD vor drei Jahren beschlossen habe, vollziehe nun die CDU/FDP-Bundesregierung, nämlich die Aussetzung der Wehrpflicht, stellt der Nürtinger SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold zufrieden fest. Aus der Diskussion um Stuttgart 21 zieht er die Lehre, dass mehr Bürgerbeteiligung nötig sei.

---

VON KLAUS HARTER

---

Als verteidigungspolitischer Sprecher der größten Oppositionsfraktion Gegenspieler des Verteidigungsministers zu sein, sei für ihn eine neue Aufgabe. Doch diese Rolle beschere ihm bundesweit Medienpräsenz, berichtet Arnold in seiner Jahresbilanz. Karl-Theodor zu Gutten-

berg wirft er eine „Boulevardisierung der Politik“ nach amerikanischem Vorbild vor. Ihm gehe es mehr um Inszenierung als um Inhalte. Nachdem die Wehrpflicht richtigerweise ausgesetzt werde und damit auch der Zivildienst, sei es nötig, die Freiwilligendienste zu stärken. Aber hier mache die Regierung zu wenig, sie agiere „hektisch und schludrig“. Dabei seien diese Dienste besonders in der Behindertenarbeit unverzichtbar. Ohne sie entstünden zusätzliche Kosten, die in erster Linie die Landkreise zu tragen hätten.

Nach der Niederlage bei der Bundestagswahl habe die SPD „ein Jahr der Konsolidierung nach innen“ hinter sich, sagt Arnold. Sie dürfe nicht alles über den Haufen werfen, was sie als Regierungspartei beschlossen ha-

be, müsse aber bei einzelnen Themen nachjustieren, „wo die Welt sich verändert“ und „wo man sich geirrt hat“. Die Rente mit 67 finde er nach wie vor richtig in einer älter werdenden Gesellschaft. Aber der Einstieg dürfe erst erfolgen, wenn für die älteren Arbeitnehmer genügend Jobs zur Verfügung stehen. Diese „Überprüfungsklausel“ habe seine Fraktion noch in der Regierungsverantwortung durchgedrückt.

Handlungsbedarf sieht Arnold bei der Leiharbeit. Die Idee sei richtig, weil damit Unternehmen die nötige Flexibilität erhielten. Doch inzwischen ersetzten Leiharbeiter reguläre Stellen, die Gründung von Scheingewerkschaften habe zu Tarifverträgen mit einem niedrigen Lohnniveau geführt. Deshalb müssten Leiharbei-

ter „nach einer gewissen Zahl von Monaten“ den gleichen Lohn erhalten wie die Festangestellten in der ausleihenden Firma. Die Bundesregierung habe so viel Vertrauen in der Bevölkerung verloren, weil sie „Klientelpolitik“ betreibe. Ein Beispiel dafür sei die Gesundheitspolitik.

Stuttgart 21 befürwortet Arnold nach wie vor. Dieses Projekt zeige aber, dass die bisherige Mitwirkung der Bürger in Planfeststellungsverfahren nicht ausreiche. Es sei nötig, „weitere Module der direkten Demokratie einzufügen“. Er sieht kein Problem, die Bevölkerung zum Beispiel über Infrastrukturprojekte abstimmen zu lassen. Stuttgart 21 sei für die Regionen um Nürtingen, Reutlingen und Tübingen verkehrstechnisch die beste Lösung. Aber

falls auf den Fildern die Gäubahn zwischen Flughafen und Rohrer Kurve auf den S-Bahn-Gleisen fahre, sei das „nicht die beste, sondern die billigste Lösung“. Dadurch entstehe ein Nadelöhr, das zu Verspätungen führe. „Inakzeptabel“ wäre es für Arnold auch, wenn bei einem Milliardenprojekt kein Geld für den notwendigen Lärmschutz in Leinfelden-Echterdingen übrig wäre.

Die SPD habe das Problem, dass sie im Konflikt um Stuttgart 21 zwischen den extremen Positionen der Befürworter und Gegner zerrieben und nicht wahrgenommen werde. Deshalb müsse sie vor der Landtagswahl deutlich machen, dass es in Baden-Württemberg auch noch um wichtige Themen wie die Bildung und Energieversorgung gehe.